

Kommunen als (neue) Akteure in der ambulanten Versorgung

Thesepapier zum Vortrag vom 11.04.2024 auf dem Symposium der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht

- 1. Strukturtransformation:** Obgleich es sich eher um einen schleichenden Veränderungsprozess handelt, ist eine Transformation der ambulanten Versorgungsstruktur auszumachen. Diese schlägt sich einerseits in der Diversifikation des Felds der Leistungserbringer nieder und geht andererseits mit einer Verschiebung des Verhältnisses von funktionaler Selbstverwaltung und staatlicher Regulierung einher.
- 2. Langfristige Herausforderungen:** Die Anlässe für diese Transformation stammen teils aus dem Bereich der ambulanten Versorgung, betreffen indes weitläufig das deutsche Gesundheitsversorgungssystem insgesamt. Denn einerseits kommt es zu Veränderungen in der ambulanten Versorgungsstruktur, mit dem Ziel der akuten sowie künftig drohenden Unterversorgung in der ambulanten Gesundheitsversorgung entgegenzutreten. Andererseits wird bezweckt, das Kosten-Nutzen-Verhältnis des deutschen Gesundheitssystems insgesamt zu verbessern, indem die durch die sektorale Trennung hervorgerufenen Doppel- und Parallelstrukturen abgebaut, die Ambulantisierung vorangebracht und hinsichtlich des Sektorenübergangs bestehende Defizite behoben werden. Die hierfür notwendige Umstrukturierung erfasst zwangsläufig auch die ambulante Versorgung und hat weitreichende Auswirkungen für diese.
- 3. Regionalisierung und Kommunalisierung:** Angesichts von regional heterogenen Versorgungsbedürfnissen sowie des aufgrund gespaltener Kompetenzen erheblichen Koordinationsbedarfs zwischen verschiedenen Akteuren wie auch bestehender Governanceprobleme avancieren Kommunen seit Neuerem zunehmend (wieder) zu einem relevanten Akteur in der ambulanten Gesundheitsversorgung. Während ihnen seit längerem mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst lediglich ein sehr begrenztes Aufgabenspektrum zukam, soll Kommunen ermöglicht werden, künftig verstärkt aktiv Gesundheitspolitik zu betreiben. Nicht nur wird ihnen die Gründung von MVZs erleichtert und im Falle einer Unterversorgung freigestellt, eigene Einrichtungen zu betreiben. Vielmehr werden ihnen künftig mit der Möglichkeit, Gesundheitskioske, Primärversorgungszentren und Gesundheitsregionen einzurichten und zu koordinieren, erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, um dem regionalen Versorgungsbedarf beizukommen.

- 4. Friktionen neuer kommunaler Versorgungsangebote:** Obgleich die zunehmende Politisierung der Gesundheitsversorgung teils als Problem ausgemacht wird, erachte ich dies aus demokratieprinzipieller Sicht nicht nur für unbedenklich, sondern sogar für weiterführend. Auch die geäußerte Befürchtung, es käme zu einer „Entkernung“ des Aufgabenbereichs der funktionalen Selbstverwaltung, erweist sich rechtlich kaum als stichhaltig. Erhebliche Friktionen bestehen demgegenüber hinsichtlich der intendierten Finanzierung der neuen Versorgungsformen: Zum einen, weil gerade strukturschwache Kommunen die Finanzierungslast kaum zu stemmen vermögen, zum anderen, da Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung hier nicht sachgerecht ins Verhältnis gesetzt worden sein dürften. Darüber hinaus entstehen durch den von statten gehenden Strukturwandel neue Konkurrenzsituationen, welche durch die Vergütungskonditionen bislang noch nicht vollends verarbeitet worden sind.

Vortragsgliederung

- I. Transformation der ambulanten Versorgung
 - Festanstellung statt eigener Praxis
 - Aufgabenerosion der funktionalen Selbstverwaltung durch Etatisierung?
 - Regionalisierung und Kommunalisierung als jüngster Trend
- II. Langfristige Herausforderungen der Gesundheitsversorgung
 - Verhinderung von Unterversorgung
 - Ambulantisierung
 - Schnittstellenmanagement und Vernetzung
 - Prävention und Gesundheitsförderung
- III. Kommunale Beteiligungsmöglichkeiten an der Gesundheitsversorgung
 - Bisherige Tätigkeitsfelder: ÖGD, MVZ, Gesundheitskonferenzen, eigene Einrichtung
 - Erweiterung: Gesundheitskioske, Primärversorgungszentren, Gesundheitsregionen
- IV. Friktionen der erweiterten Rolle der Kommunen
 - Politisierung und Entkernung der funktionalen Selbstverwaltung?
 - Mischverwaltung und Finanzierungsverantwortung
 - Herausforderungen modifizierter Konkurrenzsituationen